

# Sportpolitik

Jürgen Mittag

Kennzeichnend für die europäische Sportpolitik bei der Ausgestaltung der neuen Rahmenbedingungen, die mit dem Vertragswerk von Lissabon etabliert wurden, ist das Bemühen, die sportpolitische Koordination in einzelnen Politikfeldern auf eine systematische Grundlage zu stellen und zugleich den Kenntnisstand über Probleme und Lösungsoptionen durch die Einrichtung von Expertengruppen und die Vergabe von Studien zu vertiefen.

Der polnischen EU-Ratspräsidentschaft – die gemeinsam mit Dänemark und Zypern bereits die zweite Teampräsidentschaft nach Inkrafttreten des Vertragswerks von Lissabon bildet – kam im zweiten Halbjahr 2011 die Aufgabe zu, die Implementierung des im Juni 2011 angenommenen EU-Arbeitsplans für den Sport in die Wege zu leiten. Polen konzentrierte sich dabei vor allem auf die soziale und wirtschaftliche Dimension des Sports, widmete aber auch dessen Integrationspotenzial besondere Beachtung. Dänemarks Prioritäten im ersten Halbjahr 2012 waren auf das Sportkapitel im neuen „Erasmus für alle“-Programm sowie auf die Revision des World-Anti-Doping-Code und die künftige Koordinierung der EU vor Sitzungen des WADA-Stiftungsrats gerichtet. Schwerpunkte der zypriotischen Präsidentschaft, in die auch das EU-Sportforum im September 2012 in Nikosia fiel, waren der Kampf gegen Doping im Freizeitsport und die Förderung der körperlichen Aktivität in der Bevölkerung. Zudem wurde eine Erklärung der Sportminister zu Spielmanipulationen geplant – ein Problembereich, dem sich auch der Europarat verstärkt angenommen hat. Zu den wichtigsten Maßnahmen des EU-Arbeitsplans für den Sport gehörte die Einrichtung von sechs Expertengruppen, die sich aus Repräsentanten der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und ausgewählten Sportverbänden rekrutieren. Thematisch umspannen die seit September 2011 tagenden Arbeitsgruppen die Bereiche Anti-Doping, Good Governance, Ausbildung und Training, Gesundheit und Integration, Sportstatistik sowie nachhaltige Finanzierung des Sports.

Von den Aktivitäten der Europäischen Kommission erzielte die Veröffentlichung des neuen Förderprogramms „Erasmus für Alle“ am 23. November 2011, das neben den Bereichen allgemeine bzw. berufliche Bildung und Jugend auch den Sport als eigenes Kapitel umfasst, beträchtliche Aufmerksamkeit. Der Budgetentwurf sieht für die Periode von 2014 bis 2020 Ausgaben von insgesamt 19,5 Milliarden Euro vor. Davon sind 238 Millionen Euro – entsprechend einer jährlichen Größenordnung von 34 Millionen – für das Unterprogramm Sport vorgesehen, das auch das geplante EU-Sportförderprogramm umfassen soll. Seitens des organisierten Sports wurde neben der Höhe der Mittel auch der Entwurf zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 moniert, in dem der Sport zunächst nicht gesondert ausgewiesen war, sodass die Möglichkeiten begrenzt sind, Sportinfrastruktur sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Strukturfonds zu fördern.

Vom Europäischen Parlament wurde am 2. Februar 2012 die zuvor vom federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) eingehender erörterte und vom Berichterstatter Santiago Fisas erarbeitete Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung „Entwicklung einer europäischen Dimension des Sports“ mit großer Mehrheit verabschiedet. Zu den Kernforderungen des Parlaments gehört u.a. eine Förderung des Sports durch die europäischen Strukturfonds und die Unterstützung der dualen Karriere von Athleten, aber auch die Aufnahme

des Dopings in das Strafrecht und eine strafrechtliche Verfolgung von Spielabsprachen.

Erneut haben mehrere Urteile des EuGH den Sport berührt. Am kontroversesten erörtert wurde das Urteil im Vorabentscheidungsverfahren *Karen Murphy/Media Protection Services Ltd.*, mit dem das System der nationalen Vermarktung von Sportfernsehrechten – namentlich im Pay-TV- bzw. Dekodersektor – als unvereinbar mit dem Binnenmarkt bzw. der Richtlinie über freien Dienstleistungsverkehr gekippt wurde. Bedeutsam ist auch die bereits vorliegende Stellungnahme des Generalanwalts im Rahmen der Rechtssache *Sky Österreich GmbH/Österreichischer Rundfunk*, der zufolge Sender auch zukünftig Ausschnitte von Sportveranstaltungen von max. 90 Sekunden Länge in ihren Nachrichtensendungen zeigen dürften, selbst wenn sie keine exklusiven Übertragungsrechte besitzen.

Als Strukturmerkmal europäischer Sportpolitik sind drei grundlegende Formen von Koordination und Kooperation auszumachen: Einerseits die von der Kommission in engerer Absprache mit dem Rat ausgerichteten umfassenden EU-Sportforen, die bisweilen um weitere Konferenzen ergänzt werden, so während der dänischen Ratspräsidentschaft im März 2012 die Kopenhagener Sportvision-Konferenz, auf der Breitensportrelevante Themen diskutiert wurden. Daneben existiert der sogenannte strukturierte Dialog, bei dem EU-Organe mit ausgewählten Vertretern des Sports Absprachen treffen. Besonders eng war erneut der Dialog mit der UEFA, die zudem wegen der Durchführung der EURO 2012 in Polen bzw. der Ukraine und der Debatte um die Rolle von Menschenrechten bei Sportgroßveranstaltungen im Blickfeld stand. Am 21. März 2012 veröffentlichten EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia und UEFA-Präsident Michel Platini eine gemeinsame Erklärung, die den Zusammenhang zwischen der Anwendung der Financial Fairplay Regeln im Profifußball auf der einen Seite und der Kontrolle staatlicher Beihilfen auf der anderen Seite erläuterte. Schließlich kommt es – im Rahmen des sozialen Dialogs – auch zu autonomen Absprachen der Verbände. Beispielhaft hierfür steht die Verständigung auf eine standardisierte Fassung von Spielerverträgen durch UEFA, die Klub-Vereinigung ECA, die Vereinigung der europäischen Fußball-Ligen EPFL und die Spielergewerkschaft FIF-Pro. Auf Grundlage dieser Regelung müssen die Verträge von Spielern europaweit bestimmten Minimal-Standards entsprechen, um Gültigkeit zu erlangen.

Bezeichnend für die europäische Sportpolitik, so der Befund aktueller wissenschaftlicher Studien, ist ihr Netzwerkcharakter. Die EU-Organe suchen zunehmend den Dialog mit dem organisierten Sport und vice versa. Akteure und Formen der Dialogstrukturen nehmen in Umfang und Bandbreite weiter zu, variieren dabei aber – in Abhängigkeit vom Problemfeld – erheblich. Die EU-Organe tendieren verstärkt dazu, eine Steuerungsfunktion zu übernehmen. Wie schwierig aber bisweilen die Konsens- und Entscheidungsfindung ist, zeigte sich exemplarisch bei der von der Europäischen Kommission organisierten „EU-Konferenz zu Spielervermittlern“ im November 2011. Vor allem das EP sieht die bisherige FIFA-Regulierung als nicht ausreichend an und drängt auf weitergehende Schritte, während ECA, FIFpro und EPFL die FIFA-Position weitgehend unterstützen. Vor diesem Hintergrund ist von anhaltendem Regulierungsbedarf – namentlich im Pionierbereich Fußball –, aber auch von wachsendem Konfliktpotenzial auszugehen.

#### **Weiterführende Literatur**

- Brand, Alexander/Niemann, Arne/Spitaler, Georg: The two-track Europeanization of football, *International Journal of Sport Policy and Politics* 3 (2012), Version of record first published: 27 Apr 2012.
- Geeraert, Arnout/Scheerder, Jereon/Bruyninckx, Hans: The governance network of European football, in: *International Journal of Sport Policy and Politics* 3 (2012), Version of record first published: 12 Apr 2012.
- Guillaume Robin (Hrsg.): *Football, Europe et régulations*, Villeneuve d'Ascq 2011.
- Kerth, Gabriel: *Opportunities and Boundaries of a Sport Policy in the European Union. Realities – Expectations – Visions*, Saarbrücken 2011.